

Ortrud Leßmann*, Elisabeth Buchner*,
Gunter Graf* und Martin Schenk*

Editorial

Soziale Investitionen – Theorie, Kritik und Anwendungen

<https://doi.org/10.1515/zsr-2018-0015>

In den vergangenen Jahren hat sich mit dem „investiven Sozialstaat“ sowohl auf politischer als auch auf akademischer Ebene ein Konzept verbreitet, das dem Wohlfahrtsstaat neben oder statt einer Absicherungs- und Schutzfunktion verstärkt auch vorbeugende und aktivierende Aufgaben zuordnet. Der Wohlfahrtsstaat soll demzufolge vor allem durch Investitionen in Bildung, Prävention und Chancengleichheit die Eintrittswahrscheinlichkeit von negativen Ereignissen wie Arbeitslosigkeit und Armut minimieren sowie systematisch und in den unterschiedlichen Lebensphasen Unterstützung zur Aufnahme von Beschäftigung und zur Arbeitsmarktintegration leisten. Auf europäischer Ebene wurde das Konzept des Sozialinvestitionsstaats im Fahrwasser der EU-Beschäftigungsstrategie als europäische Sozialpolitikstrategie ausformuliert mit dem Ziel, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas sozialpolitisch zu flankieren. Dies mündete in die Verabschiedung des Pakets für Sozialinvestitionen, mit dem diese Art der Sozialpolitik gefördert werden sollte. Das zugrunde gelegte Konzept schloss an eine Debatte in den Sozialwissenschaften an (Esping-Andersen 2002), die sich dynamisch weiterentwickelt und zur Formulierung eines sozialpolitischen Paradigmas geführt hat, das auf die zentralen Probleme aktueller Sozialstaatlichkeit eine Antwort geben will (Morel et al. 2011; Hemerijck 2017a).

Dieses Paradigma eines sozialinvestiven europäischen Sozialmodells zeichnet sich durch drei Kennzeichen aus (Hemerijck 2015): Erstens soll das *Human-kapital* der Bevölkerung bestmöglich entwickelt und für den Arbeitsmarkt bereitgestellt werden, zweitens soll die *soziale Ungleichheit* vor allem dadurch

***Kontaktpersonen:** **Dr. Ortrud Leßmann**, internationales forschungszentrum für soziale und ethische fragen (ifz), Mönchsberg 2a, 5020 Salzburg, Österreich, E-Mail: olessmann@ifz-salzburg.at
Elisabeth Buchner, internationales forschungszentrum für soziale und ethische fragen (ifz), Mönchsberg 2a, 5020 Salzburg, Österreich, E-Mail: ebuchner@ifz-salzburg.at
Dr. Gunter Graf, Bildungs- und Konferenzzentrum St. Virgil, Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg, Österreich, E-Mail: guntgraf@gmail.com
Martin Schenk, Diakonie Österreich, Schwarzschanerstraße 13, 1090 Wien, Österreich, E-Mail: martin.schenk@diakonie.at

vermindert werden, dass die intergenerationelle Weitergabe von Lebens- und Beschäftigungschancen durch gezielte Förderung von Bildungsprozessen durchbrochen wird, und drittens sollen Sozialausgaben im verstärkten Maße dahingehend geprüft werden, inwiefern diese wirtschaftlich *produktive* Wirkungen zeigen und insbesondere auch eine ökonomische Pufferfunktion erfüllen. Im Zentrum steht hiermit eine vorausschauende Sichtweise, die sozialpolitische Intervention als Systemelement einer dynamischen sozialen Marktwirtschaft begreift.

1 Die Debatte über Sozialinvestitionen und der deutschsprachige Beitrag dazu

Auf wissenschaftlicher Ebene ist der Diskurs über soziale Investitionen nach wie vor intensiv (Kvist 2015; Bothfeld/Rouault 2015; Jenson 2017; Busemeyer et al. 2018). Zu diesem will auch dieses Schwerpunktheft beitragen. Die Debatte wird größtenteils auf Englisch geführt – weshalb sie von Dingeldey (2006: 5) als „britischer Diskurs“ bezeichnet wird. Dies hat viel damit zu tun, dass er vor allem international und in Bezug auf das *europäische* Sozialmodell stattfindet. Zwar ist auf politischer Ebene das Schlagwort des investiven Sozialstaats weniger präsent, seit Präsident Juncker die „Europäische Säule sozialer Rechte“ als neue sozialpolitische Leitlinie vorangetrieben hat. Trotzdem sind zentrale Elemente der sozialinvestiven Idee nach wie vor im wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der EU klar erkennbar. Durch die Beobachtung der Lage in den Mitgliedsstaaten und ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters übt die Europäische Kommission ferner Einfluss auf nationale Sozialpolitik aus. So lässt sich auch für die deutschsprachigen Länder, die dem konservativ-korporatistischen Typ der Wohlfahrtsstaaten bei Esping-Andersen (1998) zugerechnet werden, eine Hinwendung zu Sozialinvestitionen konstatieren: In allen drei Ländern hat sowohl eine Änderung der Familien- und Bildungspolitik durch eine Stärkung der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung als auch eine Stärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit besonderem Auge auf den Einstieg ins Berufsleben stattgefunden.¹ Doch

¹ Vgl. für Deutschland Ostner 2004; Gottschall 2004; Jüttner 2010; Allmendinger/Leibfried 2003; Nikolai 2007; Allmendinger/Nikolai 2010; Eichhorst 2008; Sowa/Zapfel 2015; Seeleib-Kaiser 2017, für Österreich Pirklbauer/Buxbaum 2013; Buxbaum 2014; Heitzmann 2015; Dimmel

diese investive Wendung der Sozialpolitik ist einerseits nicht überall gleich, sondern unterscheidet sich in der Ausgestaltung danach, auf welche Institutionen und Traditionen sie trifft (Häusermann/Palier 2017). Andererseits ist sie im deutschsprachigen Raum oft nicht unter dem Stichwort Sozialinvestitionen diskutiert worden. Stattdessen wird – zumindest in Deutschland – eher von präventiver oder vorbeugender Sozialpolitik gesprochen (Busemeyer et al. 2013; Schroeder 2014; Schroeder et al. 2018). Der letzte Begriff hat insbesondere in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Bedeutung, das dezidiert Forschung dazu fördert (www.fgw-nrw.de/sozialpolitik). Teils werden aber auch nur Elemente der investiven Sozialpolitik in den Mittelpunkt gestellt, zum Beispiel unter dem Stichwort „Aktivierung“, „aktive Arbeitsmarktpolitik“ und „aktivierender Sozialstaat“ (Eichhorst 2008; Atzmüller 2009; Duell et al. 2010). Ferner ist in Deutschland die soziologische Lebensverlaufsforchung besonders stark verankert. Dies hat zum Konzept der lebenslauforientierten Sozialpolitik geführt (Naegele 2010). Zwar spielt in dem Konzept die Forderung nach „Investitionen in Kinder“, „Bildungsinvestitionen“ und „Investition in Humankapital“ eine Rolle, jedoch wird nicht explizit auf Sozialinvestitionen Bezug genommen. Umgekehrt ist jedoch die Orientierung am Lebenslauf ein wesentlicher Bestandteil des Sozialinvestitionsstaates (Dollinger 2007), und die Protagonistinnen und Protagonisten der sozialen Lebenslaufpolitik haben auch zur Literatur der Sozialinvestitionen beigetragen (Schmid 2010, 2017).

2 Kritik des Sozialinvestitionsstaates und normativer Analyserahmen

Umfassende Kritik an diesem Konzept richtet sich vor allem auf die Blindheit gegenüber bestehender sozialer Ungleichheit, die Frage nach dem Verhältnis und der Priorisierung ‚investiver‘ Sozialpolitiken zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen, die Verknüpfung der „Sozialinvestitions-Rhetorik“ mit der Privatisierung sozialer Risiken oder die Behandlung sozialpolitischer Bedarfe jenseits der direkten Förderung von Beschäftigungsfähigkeit (Jenson/Saint-Martin 2003; Cantillon/Van Lancker 2013; Bothfeld/Rouault 2015; Kvist 2015; Meichenitsch et al. 2016; Barbier 2017; Laruffa 2017; Bonoli/Liechti 2018). Allerdings gibt es auch Überlegungen dazu, wie die Ziele des Sozialinvestitionsan-

2015; Atzmüller/Knecht 2017 und für die Schweiz Häusermann/Kübler 2011; Bonvin/Dahmen 2017; Bonoli 2012.

satzes besser mit den herkömmlichen Zielen der Sozialpolitik und normativen Strukturen in Einklang zu bringen sind (Nolan 2013; Hemerijck 2017b; Busemeyer et al. 2018). Sie schlagen vor, den Ansatz als einen (normativen) Analyse-rahmen für Sozialpolitik zu sehen. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Frage des Zwangscharakters einer Politik der Sozialinvestitionen und seiner psychosozialen Auswirkungen auf Betroffene, z. B. über die Qualität von Arbeitsmarktmaßnahmen wie 1-Euro-Jobs, entwürdigende „Verfolgungsbetreuung“, die Senkung der „Schwelle der Respektabilität“ (Dörre 2017; Patrick 2017).

Sozialpolitische bzw. wohlfahrtsstaatliche Konzepte waren bisher an eine Theorie der Volkswirtschaftslehre gebunden (Hemerijck 2017b: 389; Dingeldey 2006): Der Wohlfahrtsstaat in der Mitte des 20. Jahrhunderts war geprägt vom Keynesianismus und seiner Nachfrageorientierung. Die Sozialausgaben würden zu höherer Nachfrage führen und so einen Multiplikator-Prozess in Gang setzen, der letztlich der Wirtschaft insgesamt zugutekommt. Mit den Ölpreisschocks und dem Einsetzen der Arbeitslosigkeit seit Beginn der 1970er-Jahre fand in der Volkswirtschaftslehre eine Wendung zur Neoklassik bis hin zum Monetarismus statt. Die entsprechende Politik des „schlanken“ oder „Nachtwächter-Staats“, der die Angebotsseite stützt, indem er dem Markt möglichst freies Spiel lässt, hat allerdings *de facto* nicht zu einer Verringerung, sondern zu einer Ausweitung der Sozialausgaben geführt. Seither lässt sich jedoch in der Volkswirtschaftslehre kein klares neues Paradigma erkennen. Besonders durch die globale Finanzkrise im Jahr 2008 haben keynesianische Ideen wieder mehr Beachtung erfahren; eine „plurale Ökonomik“ wird angemahnt. Zum einen fehlt also schlicht die dominante volkswirtschaftliche Theorie, in der sozialpolitische Leitlinien verankert sein könnten. Zum anderen ist zweifelhaft, ob der Fokus auf ökonomische Theorien für die Sozialpolitik (noch) angemessen ist.

Dementsprechend hält Bothfeld (2016) eine rein ökonomische Begründung sozialpolitischer Ausgaben für „unterkomplex“ und nimmt von Nolan (2013) die Idee auf, den Sozialinvestitionsstaat als normativen Analyserahmen für Sozialpolitik zu sehen. Sie unterscheidet drei Funktionen der Sozialpolitik, die jeweils auf der Ebene von Individuum, Gesellschaft und staatlicher Verfasstheit wirken (Bothfeld 2017a): Erstens zielt der Sozialstaat in seiner *sozialen Funktion* auf Sicherheit durch individuelle Absicherung und Fairness auf gesellschaftlicher Ebene. Zweitens zielt er in seiner *politischen Funktion* auf den Erhalt politischer Legitimität durch die Gewährleistung individueller wie kollektiver politischer Rechte und Freiheiten. Drittens zielt er mit seiner *ökonomischen Funktion* auf Wohlstand durch den Aufbau von Humankapital auf individueller und Produktionskraft auf gesellschaftlicher Ebene (siehe auch Kaps et al. 2017: Kap. 2).

Dabei hat sich beispielsweise gewandelt, was unter „Sicherheit“ als Ziel der sozialen Funktion verstanden wird. Ging es in früheren Jahren um Statuserhalt, geht es heute um „reflexive Sicherheit“, d. h. darum, die Entwicklung individueller und eigensinniger Lebenspläne und -projekte perspektivisch abzusichern (Bothfeld 2017b). Durch diesen Wandel ist die soziale Funktion, die über die ökonomische Funktion der materiellen Absicherung hinausgeht, deutlicher hervorgetreten. Deshalb gibt die Idee von Sozialinvestitionen mit ihrem vorbeugenden Charakter den Anstoß, auch soziale und politische Funktionen der Sozialpolitik zu benennen (Bothfeld 2016). Zugleich ist die Perspektive der Sozialinvestitionen dadurch gekennzeichnet, dass soziale, politische und ökonomische Funktionen Hand in Hand gehen. Sie lassen sich zwar analytisch trennen, aber zur Begründung von Sozialinvestitionen werden alle drei Funktionen angesprochen. Zudem lässt sich dieser Rahmen für die normative Ausrichtung der Sozialpolitik nutzen. Die Grundideen des Sozialinvestitionsstaats können wie folgt zusammengefasst werden (Bothfeld 2017a):

Tabelle 1: Grundideen des Sozialinvestitionsstaates nach Funktionen und Ebenen

Funktion Ebene	Soziale	Politische	Ökonomische
Individuum	Reflexive Sicherheit: Individueller Lebensverlauf, „Sicherheitsnetz“		Humankapital
Gesellschaft	Chancengleichheit (Wettbewerbsgesellschaft)	Sozialer Zusammenhalt (Minderung eklatanter sozialer Ungleichheit)	Erwerbstätigengesellschaft
Wohlfahrtsstaat		(Liberale Demokratie)	Fiskal- und wirtschaftspolitischer Rahmen (im EU-Kontext)

Quelle: in Anlehnung an Bothfeld (2017a)

Auf *individueller Ebene* zeigt sich durch die Betrachtung des Lebensverlaufs, dass es insbesondere die Übergänge wie jener von der Schule in den Beruf oder vom Single-Dasein zur Familie sind, die risikobehaftet sind. Der Diskurs zu den Sozialinvestitionen betont die Ausrichtung am Lebensverlauf (Dollinger 2007; Kvist 2015; Hemerijck 2017a). Dies bedingt die Notwendigkeit „reflexiver“ Si-

cherheit, d. h. des (gesellschaftlichen) Versprechens, individuelle Selbstbestimmung auch in Zukunft zu sichern (Bothfeld 2017b: 369) (Tabelle 1). Die soziale Funktion der reflexiven Sicherheit geht Hand in Hand mit der ökonomischen Funktion der Stärkung des Humankapitals, die zunächst den Kern von Sozialinvestitionen ausmachte (Vandenbroucke et al. 2011; Busemeyer et al. 2013; Nolan 2013): Zum einen ermöglicht sie den Freiraum für individuelle „Bildungsinvestitionen“, zum anderen sind diese die Grundlage für die individuelle Gestaltung der Lebensverläufe. Die politische Funktion von Sozialpolitik wird jedoch weniger diskutiert bzw. kommt erst jetzt in den Fokus (Jenson 2012; Laruffa 2017; Garritzmann et al. 2018).

Auf *gesellschaftlicher Ebene* zielt der Sozialinvestitionsstaat vor allem auf sozialen Zusammenhalt und Ausgleich ab – die europäischen Dokumente sprechen von „social cohesion“ (Vandenbroucke et al. 2011). Für Individuen wird dabei die ökonomische Funktion der Teilnahme am Markt und ihre Rolle als Erwerbstätige betont und dies in sozialer Funktion durch die Ausrichtung an Prinzipien von Wettbewerb, Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit unterstützt, die auch von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden (Schöneck/Bothfeld 2018; Garritzmann et al. 2018). Auf *Ebene des Wohlfahrtsstaats* steht die ökonomische Funktion der Rahmensetzung im Mittelpunkt – freilich eingebettet in den europäischen Kontext. Der Sozialinvestitionsstaat ist grundsätzlich mit dem Leitbild einer liberalen Demokratie vereinbar, doch diese Verbindung wird eher als Kritik denn als inhärenter Bestandteil des Konzeptes formuliert: Besonders in der Auseinandersetzung mit der Finanzmarktkrise wurde das Konzept vor allem dafür gepriesen, Effizienz und Gerechtigkeit miteinander zu vereinbaren (Mertens 2017). Die Dominanz ökonomischer und sozialer Argumente für Sozialinvestitionen ist als bewusste Strategie der Depolitisierung kritisiert worden (Laruffa 2017).

Die Leerstellen und eingeklammerten Begriffe in der Tabelle deuten also auf einen weiteren Diskussionsbedarf darüber hin, inwiefern Sozialinvestitionen politische Teilhabe voraussetzen. Wie können Individuen ihren Lebenslauf gestalten und das Prinzip der Chancengleichheit Geltung haben, ohne dass die Ausrichtung der Sozialinvestitionen in einem politischen Prozess ausgehandelt wird?

3 Beiträge zur Debatte und Anwendung des Konzepts in diesem Heft

Vor diesem Hintergrund greift das Sonderheft das Konzept der sozialen Investitionen bzw. des sozialinvestiven Sozialstaates auf. Es wird auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und so in seiner Komplexität einem breiten deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht. Im ersten Beitrag ziehen *Ortrud Leßmann* und *Elisabeth Buchner* den *Capability*-Ansatz heran, um den Begriff der sozialen Investitionen zu spezifizieren. Insbesondere klären sie, welche Rolle Gruppen für Sozialinvestitionen aus Sicht des *Capability*-Ansatzes spielen. Sie argumentieren dafür, dass Gruppen ihren Mitgliedern in erster Linie die Möglichkeit des „öffentlichen Vernunftgebrauchs“ bieten. Dieses gemeinsame Nachdenken über Probleme ermöglicht jedem Gruppenmitglied, seine eigene Position zu finden und gegebenenfalls zu revidieren. Am Beispiel des partizipativen Forschungsprojekts RE-InVEST geben die Autorinnen einen Einblick, wie dieser Aspekt empirisch umgesetzt werden kann. *Thomas Leoni* untersucht im zweiten Beitrag die bisherige Rolle und das Potenzial der sozialinvestiven Idee für die Bewältigung der Herausforderungen, denen sich die EU stellen muss. Obwohl er normative Unzulänglichkeiten identifiziert, sieht Leoni soziale Investitionen als ein hilfreiches Konzept für Europa vor allem aus zwei Gründen: Dieser Ansatz hilft dabei, zum einen Lösungen für einige der drängendsten sozialpolitischen Herausforderungen europäischer Länder zu finden und zum anderen durch eine integrierte Betrachtung von sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen die asymmetrischen europäischen *Governance*-Strukturen zu hinterfragen. Im dritten Beitrag geht *René Lehwell-Litzmann* aus dem Blickwinkel der Sozialinvestitionen auf die monetären Anstrengungen ein, die europäische Länder zwischen 2006 und 2015 im Bereich aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik getätigt haben. Er zeigt, dass in den vergangenen Jahren kein Trend zu mehr Sozialinvestition in diesem Bereich festzustellen ist. Qualifizierungsausgaben wurden in den meisten Ländern sogar eher geschwächt, und die Ressourcen, die dem oder der einzelnen Arbeitssuchenden zur Verfügung gestellt wurden, nahmen ab. Zwischen europäischen Ländern bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede, was die Größenordnung arbeitsmarktpolitischer Ausgaben betrifft. Im vierten und letzten Beitrag des Sonderheftes schlagen *Karin Heitzmann* und *Sandra Matzinger* eine Definition von Sozialinvestitionen vor, die gewinnbringend in empirischen Studien verwendet werden könnte und die sich an der ökonomischen Humankapitaltheorie orientiert. Sie argumentieren, dass mit Sozialinvestitionen zwar unter-

schiedliche Ziele erreicht werden sollen, die Wege zur Zielerreichung im Kern aber ähnlich sind: Investition in das Humankapital, Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit sowie die (durch diese beiden Maßnahmen zu erzielende) nachhaltige Inklusion in den Erwerbsarbeitsmarkt. Sozialpolitische Maßnahmen, die zumindest eine dieser drei Ebenen direkt beeinflussen (bzw. darauf abzielen, diese Ebenen zu beeinflussen), definieren sie als Sozialinvestitionsmaßnahmen.

Dieses Sonderheft geht aus zwei Fachgesprächen hervor, die im November 2015 und Februar 2017 am „internationalen forschungszentrum für soziale und ethische fragen (ifz)“, Salzburg durchgeführt wurden. Die Fachgespräche wiederum waren eingebettet in das von der Europäischen Union geförderte Forschungsprojekt „Re-InVEST“². Wir bedanken uns bei all den Kolleginnen und Kollegen, die sich eingebracht haben und ohne die dieses Sonderheft nicht möglich gewesen wäre!

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta; Leibfried, Stephan (2003): „Education and the welfare state: the four worlds of competence production“, *Journal of European social policy* 13: 63–81.
- Allmendinger, Jutta; Nikolai, Rita (2010): „Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich“, *Soziale Welt* 61: 105–119.
- Atzmüller, Roland (2009): „Aktivierung statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich“, in: Christopher Hermann; Roland Atzmüller: *Die Dynamik des „österreichischen Modells“: Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem*. FORBA-Forschung 4. Berlin: edition sigma.
- Atzmüller, Roland; Knecht, Alban (2017): „Die Legitimation von Aktivierung und social investment und die Pathologisierung jugendlicher Subjektivität. Ausbildungspolitik und Beschäftigungsförderung für ‚benachteiligte‘ Jugendliche in der Krise“, in: Brigitte Aulenbacher; Maria Dammayr; Klaus Dörre; Wolfgang Menz; Birgit Riegraf; Harald Wolf (Hg.): *Leistung und Gerechtigkeit: das umstrittene Versprechen des Kapitalismus*. 1. Auflage. Arbeitsgesellschaft im Wandel. Weinheim: Beltz Juventa, 118–135.
- Barbier, Jean-Claude (2017): „„Social Investment“: With or Against Social Protection?“, in: Anton Hemerijck: *The uses of social investment*. 1. Auflage. Oxford u. a.: University Press, 51–58.
- Bonoli, Giuliano (2012): „Active labour market policy and social investment: a changing relationship“, in: Nathalie Morel; Bruno Palier; Joakim Palme (Hg.): *Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges*. Bristol: Policy Press, 181–204.

² Das Projekt RE-InVEST wurde im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon 2020 gefördert, Grant Agreement No 649447. Wir bedanken uns für die finanzielle Förderung.

- Bonoli, Giuliano; Liechti, Fabienne (2018): „Good intentions and Matthew effects“, *Journal of European Public Policy* 25: 894–911.
- Bonvin, Jean-Michel; Dahmen, Stephan (Hg.) (2017): *Reformieren durch Investieren? Chancen und Grenzen des Sozialinvestitionsstaats in der Schweiz/Investir dans la protection sociale – atouts et limites pur la Suisse*. Zürich: Seismo.
- Bothfeld, Silke (2016): Social Investment – Impuls für eine moderne Sozialpolitik? Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn, WISO direkt 23/2016.
- Bothfeld, Silke (2017a): Normative Perspektiven des Sozialinvestitionsstaats – Mehrwert und Fallstricke für einen modernen sozialpolitischen Diskurs. Vortrag gehalten bei dem Fachgespräch „In Menschen investieren – nur wie? Zur Perspektive der Sozialinvestitionen“ am ifz Salzburg, Februar 2017. Download unter: <http://www.ifz-salzburg.at/fachgesprach-in-menschen-investieren-nur-wie-zur-perspektive-der-sozialinvestitionen-2/> (Zugriff am 27. August 2018).
- Bothfeld, Silke (2017b): „Autonomie – ein Kernbegriff moderner Sozialstaatlichkeit“, *Zeitschrift für Sozialreform* 63: 355–387.
- Bothfeld, Silke; Rouault, Sophie (2015): „Families Facing the Crisis: Is Social Investment a Sustainable Social Policy Strategy?“, *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 22: 257–269.
- Busemeyer, Marius R.; La Porte, Caroline; Garritzmann, Julian L.; Pavolini, Emmanuele (2018): „The future of the social investment state“, *Journal of European Public Policy* 25: 801–809.
- Busemeyer, Marius R.; Martens, Kerstin; Nikolai, Rita (2013): „Präventive Sozialpolitik. Investitionen in Humankapital“, in: Marius R. Busemeyer; Bernhard Ebbinghaus; Stephan Leibfried; Nicole Mayer-Ahuja; Herbert Obinger; Birgit Pfau-Effinger (Hg.): *Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert: Neue Wege der Forschung*. Frankfurt a. M.: Campus, 211–218.
- Buxbaum, Adi (Hg.) (2014): *Perspektiven für sozialen Fortschritt: Sozialinvestitionen haben eine Mehrfachdividende*. Sozialpolitik in Diskussion 16. Wien: ÖGB Verlag.
- Cantillon, Bea; Van Lancker, Wim (2013): „Three Shortcomings of the Social Investment Perspective“, *Social Policy and Society* 12: 553–564.
- Dimmel, Nikolaus (2015): „Rhetorik und Realität der Sozialinvestition“, *Sozial Extra* 39: 48–51.
- Dingeldey, Irene (2006): „Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2006/8–9: 3–9.
- Dollinger, Bernd (2007): „Sozialpolitik als Instrument der Lebenslaufkonstitution“, *Zeitschrift für Sozialreform* 53: 147–164.
- Dörre, Klaus (2017): „Tief unten: Klassenbildung durch Abwertung“, in: Catrin Misselhorn; Hauke Behrend (Hg.) (2017): *Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion – Wege zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe*. Stuttgart: Metzler, 77–97.
- Duell, Nicola; Tergeist, Peter; Bazant, Ursula; Cimper, Sylvie (2010): Activation policies in Switzerland. OECD Social, Employment and Migration Working Papers 112. Download unter: <https://doi.org/10.1787/5km4hd7r28f6-en> (Zugriff am 27. August 2018).
- Eichhorst, Werner (2008): „Die Agenda 2010 und die Grundsicherung für Arbeitssuchende“, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 77: 38–50.
- Esping-Andersen, Gøsta (1998): „Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Ökonomie des Wohlfahrtsstaates“, in: Stephan Lessenich; Ilona Ostner (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus: der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Theorie und Gesellschaft, Bd. 40. Frankfurt a. M. u. a.: Campus, 19–57.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.) (2002): *Why We Need a New Welfare State*. Oxford: University Press.

- Garritzmann, Julian L.; Busemeyer, Marius R.; Neimanns, Erik (2018): „Public demand for social investment“, *Journal of European Public Policy* 25: 844–861.
- Gottschall, Karin (2004): „Vom Staturerhalt zur Sozialinvestition? Erziehung und Bildung als Sozialstaatstransformation“, *Zeitschrift für Sozialreform* 50: 126–146.
- Häusermann, Silja; Kübler, Daniel (2011): „Policy Frames and Coalition Dynamics in the Recent Reforms of Swiss Family Policy“, *German Policy Studies* 6: 163–194.
- Häusermann, Silja; Palier, Bruno (2017): „The Politics of Social Investment“, in: Anton Hemerijck (Hg.): *The uses of social investment*. 1. Auflage. Oxford u. a.: University Press.
- Heitzmann, Karin (2015): Sozialpolitik als ‚social investment‘: Rückschritt, Fortschritt, Wechselschritt? 4 Thesen. Schriftlich ausgearbeiteter Vortrag. Salzburg.
- Hemerijck, Anton (2015): „The Quiet Paradigm Revolution of Social Investment“, *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 22: 242–256.
- Hemerijck, Anton (Hg.) (2017a): *The uses of social investment*. Oxford u. a.: University Press.
- Hemerijck, Anton (2017b): „Social Investment and Its Critics“, in: Anton Hemerijck (Hg.): *The uses of social investment*. 1. Auflage. Oxford u. a.: University Press, 3–39.
- Jenson, Jane (2012): „Redesigning citizenship regimes after neoliberalism: moving towards social investment“, in: Nathalie Morel; Bruno Palier; Joakim Palme (Hg.): *Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges*. Bristol: Policy Press, 61–87.
- Jenson, Jane (2017): „Modernising the European Social Paradigm: Social Investments and Social Entrepreneurs“, *Journal of Social Policy* 46: 31–47.
- Jenson, Jane; Saint-Martin, Denis (2003): „New Routes to Social Cohesion? Citizenship and the Social Investment State“, *Canadian Journal of Sociology/Cahiers canadiens de sociologie* 28: 77–99.
- Jüttner, Ann-Kathrin (2010): „Investitionen in Kinder: Familienzentren und Children’s Centres im Vergleich“, *Sozialer Fortschritt* 59: 103–107.
- Kaps, Petra; Bothfeld, Silke; Brüssig, Martin; Hofmann, Tina; Knuth, Matthias (2017): Normen und Strukturen einer solidarischen und investiven Arbeitsmarktpolitik. Hans-Böckler-Stiftung, HBS Working Paper Forschungsförderung 047, September 2017. Download unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_047_2017.pdf (Zugriff am 27. August 2018).
- Kvist, Jon (2015): „A framework for social investment strategies“, *Comparative European Politics* 13: 131–149.
- Laruffa, Francesco (2017): „Social Investment: Diffusing Ideas for Redesigning Citizenship after Neo-Liberalism?“, *Critical Social Policy*, Dezember 2017. Download unter: <https://doi.org/10.1177/0261018317749438> (Zugriff am 27. August 2018).
- Meichenitsch, Katharina; Neumayr, Michaela; Schenk, Martin (Hg.) (2016): *Neu! Besser! Billiger! Soziale Innovation als leeres Versprechen?* Wien: Mandelbaum.
- Mertens, Daniel (2017): „The ‚New Welfare State‘ under Fiscal Strain: Austerity Gridlocks and the Privatization of Risk“, in: : Anton Hemerijck (Hg.): *The uses of social investment*. 1. Auflage. Oxford u. a.: University Press, 77–88.
- Morel, Nathalie; Palier, Bruno; Palme, Joakim (Hg.) (2011): *Towards a Social Investment Welfare State? Ideas, policies and challenges*. Bristol: Policy Press.
- Naegele, Gerhard (Hg.) (2010): *Soziale Lebenslaufpolitik*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Nikolai, Rita (2007): „Sozialpolitik auf Kosten der Bildung?“, *Zeitschrift für Sozialreform* 53: 7–30.
- Nolan, Brian (2013): „What Use Is ‚Social Investment‘?“, *Journal of European Social Policy* 23: 459–468.

- Ostner, Ilona (2004): „Kinder und Frauen zuerst?“, *Zeitschrift für Sozialreform* 50: 211–217.
- Patrick, Ruth (2017): *For whose benefit? The everyday realities of welfare reform*. Bristol: Policy Press.
- Pirklbauer, Sybille; Buxbaum, Adi (2013): Economic and Fiscal Return from Social Investment. Vortrag gehalten beim Social Situation Monitor, Seminar on ECEC, Brüssel, Dezember 2013. Download unter: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=11261&langId=en> (Zugriff am 27. August 2018).
- Schmid, Günther (2010): „Von der aktiven zur lebenslauforientierten Arbeitsmarktpolitik“, in: Gerhard Naegele (Hg.): *Soziale Lebenslaufpolitik*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, 333–351.
- Schmid, Günther (2017): „Towards Employment Insurance“, in: Anton Hemerijck (Hg.): *The uses of social investment*. 1. Auflage. Oxford u. a.: University Press, 108–117.
- Schöneck, Nadine M.; Bothfeld, Silke (2018): „Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat?“, in: Sigrid Betzelt; Ingo Bode (Hg.): *Angst im neuen Wohlfahrtsstaat. Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen*. Baden-Baden: Nomos, 77–107.
- Schroeder, Wolfgang (2014): Vorbeugende Sozialpolitik weiter entwickelt. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro NRW, „Weiterdenken ...“, Diskussionspapier 1/2014: 1–8.
- Schroeder, Wolfgang; Klenk, Tanja; Berzel, Alexander; Akel, Alexander (2018): „Vorfahrt für Vorsorge?“, *Sozialer Fortschritt* 67/8: i. E.
- Seeleib-Kaiser, Martin (2017): „The Truncated German Social Investment Turn“, in: Anton Hemerijck (Hg.): *The uses of social investment*. 1. Auflage. Oxford u. a.: University Press, 227–234.
- Sowa, Frank; Zapfel, Stefan (2015): „Aktivierung als globales Modell der Weltpolitik?“, *Sozialer Fortschritt* 64: 47–54.
- Vandenbroucke, Frank; Hemerijck, Anton; Palier, Bruno (2011): *The EU Needs a Social Investment Pact*. European Social Observatory Brüssel, OSE Paper Series, Opinion Paper No. 5.

Kurzbiografien

Ortrud Leßmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg im Forschungsverbund „Standards Guter Arbeit“ und am internationalen forschungszentrum für soziale und ethische fragen (ifz), Salzburg. Ihre Forschungsinteressen liegen im Schnittbereich von Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften. Sie ist Expertin für den *Capability*-Ansatz und publiziert breit zu sozialpolitischen Themen.

Elisabeth Buchner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am internationalen forschungszentrum für soziale und ethische fragen (ifz), Salzburg. Ihre Forschungsinteressen liegen im Grenzbereich zwischen Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie, mit Schwerpunkt auf der Verbindung von empirischer Sozialforschung und angewandter Ethik.

Gunter Graf, Philosoph, ist seit November 2017 Studienleiter im Bildungs- und Konferenzzentrum St. Virgil Salzburg. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am internationalen forschungszentrum für soziale und ethische fragen (ifz), Salzburg sowie als Postdoc am Zentrum für Ethik und Armutsforschung der Universität Salzburg. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte umfassen Themen der Ethik und Sozialphilosophie mit einem Fokus auf den *Capability*-Ansatz und die normativen Fragen der Kindheits- und Armutsforschung.

Martin Schenk studierte Psychologie und ist Sozialexperte und stellvertretender Direktor der Diakonie Österreich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Gesundheit, Kinder und Jugendliche und *Civil Society*. Er ist Mitbegründer der Armutskonferenz und Lehrbeauftragter der Fachhochschule Campus Wien und des Joanneum Graz.